



LIECHTENSTEINER Vaterland

MIT AMTLICHEN PUBLIKATIONEN - TAGBLATTVERBUND - TEL. +423 236 16 16 - www.vaterland.li

Geschichten über das Leben
Mit den «Screwdrivers» veröffentlicht
Suzie Candell zum 10-jährigen
Jubiläum fünf neue Songs. 7

Abschwung auf Immobilienmarkt
Der schwedische Immobilienmarkt
ist in Bewegung – die Preise für
Immobilien sinken. 25



Strom-Notfallplan stark kritisiert

Parteien, Kantone und Verbände haben den Strom-Notfallplan des Bundesrates und die damit vorgeschlagenen Bewirtschaftungsmassnahmen für einen allfälligen Strommangel stark kritisiert. Es gebe zu viele Vorschriften und Verbote, die nicht kontrolliert werden könnten. Private seien zudem benachteiligt. Das schrieben Parteien, Kantone und Verbände in Stellungnahmen zu dem am Montag abgelaufenen Vernehmlassung. Die vorgeschlagenen Massnahmen würden nur im Ernstfall zum Einsatz kommen. Als letzten Schritt sind im dramatischsten Fall Netzabschaltungen vorgesehen. Zufrieden waren Parteien und Kantone mit dem in Kaskaden aufgebauten System, das es erlaubt, flexibel auf die Situation zu reagieren. Stark kritisiert wurde jedoch die Anzahl der Vorschriften und deren Nachvollziehbarkeit. Die Liste wirke willkürlich, und es würden unterschiedliche Massstäbe genutzt, heisst es. (awp)

Sapperlot

Wie unverschämte egoistische Koblode. So benehmen wir uns offenbar seit der Coronapandemie vermehrt. Und darum wurde in Grossbritannien das Wort «Goblin Mode» auch zum Wort des Jahres gekürt. Naja, irgendwie ist da auch was Wahres dran. Viele Menschen haben sich im Zuge der Pandemie immer mehr von mühsamen sozialen Normen verabschiedet. Was vor Corona fast ein Muss war, ist heute zum «Kann» geworden. Die Rückkehr zum «normalen Leben» erscheint nicht mehr erstrebenswert. Und genau das soll der Begriff «Goblin Mode» auch ausdrücken. Gab man sich zu Beginn der Pandemie noch Mühe, so sieht die Welt mehrere Wellen, Virusvarianten und täglich neue Hiobsbotschaften später anders aus. Der «Goblin Mode» ist die Antwort auf eine schwierige Zeit und der Impuls, einfach alles schleifen zu lassen. Und das darf auch wirklich einmal sein. Zu einem Golum sollte man deshalb aber nicht werden. *Desirée Vogt*

12 Uhr.
Was Neues?

Gehen Sie online.



www.vaterland.li

Vor 30 Jahren sagte das Land Ja zum EWR

Am 13. Dezember 1992 stimmten 55,8 Prozent für den Beitritt zum Wirtschaftsraum.

Elias Quaderer

«Für die Schweiz bedeutet dies, dass sie total isoliert ist». So beurteilte Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz das Ergebnis des Liechtensteiner Abstimmungssonntags am 13. Dezember 1992. Eine Woche, nachdem das Schweizer Stimmvolk den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) mit 50,3 Prozent knapp verworfen hatte, fiel das Votum in Liechtenstein deutlicher aus: 55,8 Prozent der Stimmbürger warfen ein Ja für den Beitritt zum EWR in die Urne. Ab diesem Tag war klar, was kurz zuvor für viele noch als undenkbar galt: Liechtenstein und die Schweizer werden in der Europapolitik künftig getrennte Wege gehen.

Teil zweier Wirtschaftsräume: «Das Beste aus beiden Welten»

An dieser Situation hat sich auch 30 Jahre später kaum etwas geändert. Zwar musste nach dem Liechtensteiner Ja der Zollvertrag angepasst werden, womit auch ein erneuter Umengang notwendig wurde. Doch am 9. April 1995 sprach sich abermals eine Mehrheit von 55,9 Prozent für den EWR-Beitritt aus. Gut drei Wochen später war das Fürs-

tentum sowohl Teil des europäischen als auch des Schweizer Wirtschaftsraums. «Das Beste aus beiden Welten», wie Regierungschef Daniel Risch im Interview anlässlich des EWR-Abstimmungsjubiläums meint.

Dementsprechend wird im Land am Status quo nicht gerüttelt. «Wir fühlen uns mit dem jetzigen Modell sehr wohl. Und solange wir es beibehalten können, sehe ich keinen Grund, weshalb wir einen EU-Beitritt anstreben sollten», so Risch.

30 Jahre später steht die Schweiz wieder vor denselben Fragen

Anders in der Schweiz: Das Nachbarland versuchte nach dem EWR-Nein, seine Beziehungen zu Europa mit den bilateralen Verträgen zu regeln. Aber die EU will die bilateralen Verträge in der jetzigen Form nicht weiterführen. Die Union verlangt einen Rahmenvertrag, um institutionelle Fragen zu beantworten. Doch im Mai 2021 brach der Bundesrat die Verhandlungen für ein solches Abkommen ab. Und die Schweiz steht nun wieder wie vor 30 Jahren vor der Frage, wie sie ihre Beziehungen zu Europa gestalten soll. Während der Bundesrat weiter am bi-

lateralen Weg festhalten will, liebäugeln etwa die Grünliberalen wieder mit einem EWR-Beitritt.

Gesprächsstoff für anstehendes Zollvertragsjubiläum

Die europapolitische Hängepartie der Schweiz darf aber auch Liechtenstein nicht kalt lassen. Denn sollten keine neuen Verhandlungen zwischen Bern und Brüssel zustande kommen, drohen die aktuellen bilateralen Verträge weiter zu erodieren. Das bedeutet, dass sich das Regelungsgefälle zwischen den beiden Wirtschaftsräumen vergrössern würde. Für die Schweiz wäre ein erschwelter Zugang zum EU-Binnenmarkt die Folge. Und Liechtenstein hätte mehr Mühe damit, die Mitgliedschaft in beiden Wirtschaftsräumen unter einen Hut zu bringen. Mehraufwände für Verwaltung und Wirtschaft kämen auf das Land zu.

Alles in allem bietet dieses Thema also genügend Gesprächsstoff für ausführliche Diskussionen zwischen den Regierungen in Vaduz und Bern. Eine gute Gelegenheit zum Austausch wird sich im kommenden Jahr bieten: Die Jubiläumsfeiern zum 100-jährigen Bestehen des Zollvertrags. 4,5

Neue Sanktionen gegen den Iran beschlossen

Wegen der schweren Menschenrechtsverletzungen im Iran verhängt die EU weitere Sanktionen. Die Aussenminister der 27 Mitgliedstaaten beschlossen am Montag in Brüssel einstimmig neue Strafmassnahmen gegen Verantwortliche im Land, wie mehrere Diplomaten der Deutschen Presse-Agentur bestätigten. Die Schweiz trägt die EU-Sanktionen gegen den Iran nicht mit. Konkret soll es demnach um etwa 20 Personen und eine Organisation gehen. Zudem wurden auch weitere Sanktionen gegen den Iran wegen der Unterstützung des russischen Kriegs gegen die Ukraine beschlossen. Nach Angaben von Deutschlands Aussenministerin Annalena Baerbock treffen die Strafmassnahmen auch Verantwortliche für die jüngsten Hinrichtungen. Das Sanktionspaket richte sich insbesondere gegen diejenigen, die für «diese unglaublichen Verbrechen» verantwortlich seien, sagte die Grünen-Politikerin am Montag kurz vor dem Beschluss. Das seien insbesondere die Revolutionsgarden, aber auch diejenigen, die versuchten, mit gewaltsam erzwungenen Videos Menschen einzuschüchtern oder weiter zu bestrafen. (tb) 29

Nizza-Terrorprozess geht zu Ende

Ein Sommerabend im südfranzösischen Nizza. Die Uferpromenade ist voll mit Familien, Freundesgruppen und Touristen, die hier das spektakuläre Feuerwerk zum Nationalfeiertag bestaunt haben. Dann rast ein tonnenschwerer Lastwagen in die Menschenmenge, fährt Zickzacklinien, reisst 86 Menschen in den Tod und verletzt mehr als 200 weitere. Erst nach etwa zwei Kilometern kommt das Fahrzeug zum Stehen. Der Attentäter schießt, die Polizei tötet ihn. Fast sechseinhalb Jahre nach dem wohl islamistisch motivierten Terroranschlag am 14. Juli 2016 geht der Prozess gegen acht mutmassliche Unterstützer des Attentäters zu Ende. Am Montag konnten die Angeklagten ein letztes Mal das Wort vor dem Spezialgericht in Paris ergreifen. Am Dienstag könnte es in Paris ein Urteil gegen die mutmasslichen Gleichgesinnten und Handlanger des Attentäters geben. (sda) 31

Zucchero gibt im Juli 2023 sein Debüt beim Minifestival Vaduz Soundz



Der italienische Superstar begeistert seit 40 Jahren mit seinem einzigartigen Blues-Rock-Mix das Publikum. Nach den Auftritten von 1996 und 2008 kehrt Zucchero nach Liechtenstein zurück und tritt am 21. Juli 2023 erstmals im erweiterten Rahmen von Vaduz Soundz auf. 13

Bild: pd

Isch Not am Ma, am Risch lüt al!

Muldenservice | Kanalreinigung

Risch
reinigt
Rohre AG

0800 077 077
www.rischkanal.ch

30 Jahre EWR-Abstimmung



Ein Blick zurück und ein Blick nach vorn: Altregierungschef Hans Brunhart und Regierungschef Daniel Risch im Gespräch über die EWR-Abstimmung vom 11./13. Dezember 1992.

Herr Brunhart, warum gab es keinen Liechtensteiner Blocher?

Von Frühstück mit dem Bundesrat und zu wenig geführten Europadebatten: 30 Jahre nach dem Liechtensteiner EWR-Ja ziehen Altregierungschef Hans Brunhart und Regierungschef Daniel Risch Bilanz.

Interview: Elias Quaderer
Bilder: Daniel Schwendener

Es war einer der bedeutendsten Entschiede des letzten Jahrhunderts, über den Liechtensteins Stimmvolk abzustimmen hatte: Heute vor 30 Jahren sprach sich eine Mehrheit von 55,8 Prozent für den EWR-Beitritt aus. Mit dem Ja schlug Liechtenstein aussenpolitisch neue Wege ein und emanzipierte sich ein Stück weit vom Partner Schweiz. Anlässlich des Jubiläums wirft Altregierungschef Hans Brunhart einen Blick zurück auf den damaligen Abstimmungskampf. Und Regie-

rungschef Daniel Risch gibt eine Einschätzung, wo das Land 30 Jahre nach dem Entscheid europapolitisch steht.

Herr Brunhart, vor genau 30 Jahren stimmte Liechtenstein über den EWR-Beitritt ab. Eine Woche zuvor hatte die Schweiz Nein gesagt. Wie gross war Ihre Sorge, dass Liechtenstein dem Schweizer Beispiel folgt?

Hans Brunhart: Eigentlich hatte ich in dieser Situation keine grosse Sorge, dass Liechtenstein Nein sagt. Und zwar aus einem Grund: Es war bereits klar, dass wir – sollten wir uns für den

EWR-Beitritt entscheiden – ohnehin nochmals darüber abstimmen werden. Denn mit dem Entscheid in der Schweiz musste auch der Zollvertrag sowie das EWR-Abkommen angepasst werden. So konnten auch Zweifler eher ein Ja in die Urne legen, da sie wussten, dass sie zu einem späteren Zeitpunkt erneut entscheiden können.

Also, mit dem Ausblick auf eine zweite EWR-Abstimmung fühlten sich die Stimmbürger abgesichert?

Hans Brunhart: Genau. Niemand wusste damals genau, wie ein Modell «Liechtenstein im EWR, die Schweiz

ausserhalb davon» funktionieren soll. Aber der Stimmbürger vergab sich ja nichts, wenn er der Regierung die Chance gab, die Verhandlungen zu führen. Denn nachher konnte er nochmals entscheiden, ob es ihm so passt.

Ein anderer wichtiger Faktor dürfte gewesen sein: Anders als in der Schweiz versuchte hier keine Partei, sich als «Anti-EWR-Gruppe» zu profilieren. Warum gab es keinen Liechtensteiner Blocher?

Hans Brunhart: In Liechtenstein hatten in den beiden Grossparteien sowohl EWR-Befürworter als auch

-Gegner ihren Platz. Das verhinderte eine parteipolitische Polarisierung, wobei aber die Diskussion dennoch hart geführt wurde.

Sie meinen, dass ein Politisieren im populistischen Stil der SVP in Liechtenstein nicht möglich gewesen wäre?

Hans Brunhart: Ich war immer der Meinung, dass sich mit einem solchen Stil auch in Liechtenstein einiges erreichen liesse. Und das sollte sich später auch bestätigen: Es profilieren sich ja immer wieder Gruppierungen mit entsprechenden Themen.



www.zmittag.li

Aber gerade die Gegnerschaft zum EWR, das SVP-Thema schlechthin, wurde in Liechtenstein kaum bedient.

Hans Brunhart: Ich denke, in dieser Frage hatten Liechtenstein und die Schweiz andere Ausgangspositionen. Bei uns gab es bei den Parteien den Grundkonsens, dass Liechtenstein seine Anerkennung als eigenständiger Staat stärken sollte. Und der EWR war diesbezüglich eine grosse Chance. In der Schweiz wurde gegen den EWR argumentiert, dass dieser die Souveränität zu sehr einschränken würde.

Manche Schweizer Politiker wollten damals aber noch einen Schritt weitergehen: Altbundesrat Adolf Ogi wird der Satz zugeschrieben, dass der EWR für die Schweiz ein Trainingslager mit dem Ziel EG- bzw. EU-Vollmitgliedschaft sei. Gab es in Liechtenstein auch diese Haltung?

Hans Brunhart: Es gab nie eine grössere Gruppe, die dafür geworben hätte, weiter als in den EWR zu gehen. So etwas hätte auch in der Bevölkerung keine Mehrheit gefunden. Darum war es uns auch immer wichtig, zu betonen: Wir wollen nur in den EWR.

Ein weiterer Punkt, in dem sich die Regierung und der Bundesrat unterschieden.

Hans Brunhart: Ich erinnere mich noch, dass wir bei den EWR-Verhandlungen immer gemeinsam mit den Schweizer Bundesräten frühstückten. Aber als sie mir mitteilten, dass die Schweiz ein Gesuch zur Aufnahme von Verhandlungen für die EU-Mitgliedschaft eingereicht habe, habe ich spasseshalber gesagt: Jetzt muss ich den Tisch wechseln. Sonst glaubt man mir zu Hause nicht mehr, dass wir wirklich nur in den EWR wollen.

Und, Herr Risch, wie sieht es 30 Jahre später aus? Gilt immer noch, dass wir nur in den EWR wollen?

Daniel Risch: Zunächst ist festzuhalten, dass die EWR-Mitgliedschaft im Land praktisch unbestritten ist. Es gibt kaum jemanden, der bezweifelt, dass damals ein richtiger und wichtiger Weg eingeschlagen wurde. Aber Europa wandelt sich momentan in einem gewaltigen Tempo. Wir wissen daher nicht, wie sich in diesem Umfeld der EWR in den nächsten zehn oder zwanzig Jahren entwickeln wird.

Von was für Veränderungen sprechen Sie konkret?

Daniel Risch: Es gibt Staaten im Osten Europas, die sich Brüssel annähern wollen. Oder kleinere Nicht-EU-Staaten, wie Andorra, Monaco und San Marino, die diskutieren, wie sie ihr Verhältnis zur Europäischen Union gestalten wollen. In diesem Kontext wird auch immer wieder eine EWR-Mitgliedschaft als mögliche Option genannt. Grossbritannien hat die EU verlassen und die Schweiz sucht nach einer geordneten Beziehung. Kombiniert mit den geopolitischen Herausforderungen werden die EU und der EWR sich auch in den kommenden Jahren wandeln.



«Das ist für Liechtenstein sozusagen das Beste aus beiden Welten.»

Daniel Risch
Regierungschef

Wie will Liechtenstein auf diese Entwicklungen reagieren?

Daniel Risch: Priorität Nummer eins ist für uns immer noch, dass wir die starken EWR-Verhandlungsergebnisse aus den 90er-Jahren bewahren, gleichzeitig die Beziehungen zur Schweiz, zu Norwegen und Island,

aber auch zu unseren engsten EU-Partnern Österreich, Deutschland und Luxemburg intensiv pflegen.

Ein EU-Beitritt ist also immer noch keine Option?

Daniel Risch: Absolut kann ein Beitritt natürlich nie ausgeschlossen werden.

Gesetzt den Fall, dass die beiden EWR-Partner Island und Norwegen sowie die Schweiz der EU beitreten sollten, müssten auch wir uns Gedanken machen, wie es weitergeht. Aber eigentlich fühlen wir uns mit dem jetzigen Modell sehr wohl. Und solange wir es beibehalten können, sehe ich

keinen Grund, weshalb wir einen EU-Beitritt anstreben sollten.

EWR-Experte Christian Frommelt meinte, dass in Liechtenstein zu wenig über Europapolitik gestritten werde. Hat er Recht?

Daniel Risch: Ja, grundsätzlich teile ich das Gefühl, dass auch mehr über die Europapolitik gesprochen werden könnte. Es wird sicher mehr über unsere Partnerschaft zur Schweiz diskutiert als darüber, wie wir unsere Europapolitik in Zukunft weiter ausgestalten sollten. Hier könnte die Politik mit weiteren Veranstaltungen das Bewusstsein schärfen, was es heisst, EWR-Mitglied zu sein, und welche Herausforderungen es gibt.

Hans Brunhart: Hier muss ich – bei allem Verständnis dafür, dass man gerne lebendige Diskussionen hätte – doch sagen: Die Kontinuität, die uns der EWR gebracht hat, ist wirtschaftlich und politisch viel wert. Und eine langdauernde europapolitische «Hängepartie» würde unser kleines Land nicht ohne Schaden überstehen.

Apropos europapolitische «Hängepartie»: In der Schweiz wollen die Grünliberalen, dass der Bundesrat nochmals Verhandlungen für einen EWR-Beitritt aufnimmt. Ist das ein Grund zur Freude für Liechtenstein?

Daniel Risch: Auf den ersten Blick würde manches für Liechtenstein wohl einfacher werden. Aber bis zu einem EWR-Beitritt der Schweiz wäre noch ein so weiter Weg zurückzulegen, dass es schwierig ist, die Auswirkungen für Liechtenstein abzuschätzen.

Christian Frommelt warnte auch, dass ein Schweizer Beitritt sich negativ auf die Funktionsweise des EWR auswirken könnte. Wäre die Schweiz ein potenzieller Störfaktor?

Daniel Risch: Es liegt mir sicher fern, die Schweiz als Störfaktor zu bezeichnen. Aber es ist so, dass wir in den letzten 30 Jahren mit Norwegen und Island im EWR einen Weg gefunden haben, wie wir zusammenarbeiten können. Diese Art der Kooperation müsste sicher angepasst werden, wenn die Schweiz beitreten würde.

Hatten Sie beide einmal Zweifel, dass sich Liechtenstein in den vergangenen 30 Jahren falsch entschieden hat?

Hans Brunhart: Ich denke, die Frage ist vielmehr: Hätte es für uns eine bessere Alternative gegeben? Und hier ist die Antwort ein klares Nein. Eine bessere Alternative zum EWR-Beitritt für Liechtenstein habe ich in den letzten 30 Jahren nicht gesehen.

Daniel Risch: Hier kann ich mich nur anschliessen. Ich sehe auch keine bessere Alternative. Allerdings muss man unterstreichen: Die Schweiz hat sich in den letzten 30 Jahren ebenfalls gut geschlagen und damit ist die Kombination aus enger Beziehung zur Schweiz und der EWR-Mitgliedschaft für Liechtenstein sozusagen das Beste aus beiden Welten.

«Jetzt muss ich den Tisch wechseln. Sonst glaubt man mir zu Hause nicht mehr, dass wir wirklich nur in den EWR wollen.»

Hans Brunhart
Altregierungschef

